



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

569 (10.12.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209890](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209890)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung 2. 4.—12 Dez. 1 Million Mark. Die monatlich bezogenen Exemplare sind zu der Bestimmung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisveränderungen zu bezahlen. Geschäftsstelle: Mannheimer Nachrichten-Verlag, Waldhofstr. 6. Fernspr. Nr. 7941, 7942, 7943, 7944. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Vertrieb: wöchentlich 1000000.

Bezugspreise nach Tarif, in Vorzahlung pro Jahr: 100 Milliarden Mark. Die monatlich bezogenen Exemplare sind zu der Bestimmung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Preisveränderungen zu bezahlen. Geschäftsstelle: Mannheimer Nachrichten-Verlag, Waldhofstr. 6. Fernspr. Nr. 7941, 7942, 7943, 7944. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Vertrieb: wöchentlich 1000000.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Um die Nachfolge Baldwins

Die aus London vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß Baldwin sein Demissionsgesuch auf morgen zurückziehen wird, da eine kleine Gruppe seiner Minister ihm geraten hat, erst die Kabinettsitzung am Dienstag abzuwarten, wo eine neue Lösung vorgeschlagen werden soll. Die darin geht, ein neues kaiserliches Kabinett zu bilden mit Chamberlain als Premierminister. Lord Derby als Außenminister und Lord Birkenhead als Lordkanzler sowie Balfour als Großkanzler. Würde dieses Kabinetts zustandekommen, so glaubt diese Gruppe auf die wohlwollende Neutralität in großen Kreisen der Liberalen rechnen zu können.

Die Arbeiterpartei wird am Mittwoch gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Entscheidung herbeiführen versuchen. Es soll die Frage erörtert werden, ob die Arbeiterpartei bei der Übernahme der Regierung alle wichtigen gesetzgeberischen Aufgaben wie Sozialversicherung und Verstaatlichung der Eisenbahnen, Fernverkehr usw. sofort lösen soll.

In dieser Frage machen sich zwei verschiedene Richtungen geltend. In einem in der „Westminster Gazette“ veröffentlichten offenen Brief von Lord Balfour wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Konföderation der Arbeiterpartei den Anstand haben werde, sofort zu demissionieren und daß dann MacDonald den Amt haben werde, die Regierungsbildung zu übernehmen. Er könne der Unterstützung der Liberalen sicher sein, wenn er an die Durchführung folgender gesetzgeberischer Aufgaben herantritt: Große öffentliche Arbeiten, insbesondere Kanalarbeiten (Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge), Verstaatlichung des Kredits und großzügige Wohnbaupolitik sowie Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung. Eine Koalitionsregierung somit einer Art, auch unter Lord George wird nach Weisungen der Presse von allen Parteien abgelehnt.

Italienische Pressestimmen

Der „Messaggero“ beschäftigt sich mit den außenpolitischen Folgen der englischen Parlamentswahlen. Die Arbeiterpartei werde die energische Forderung erheben, die englische Politik gegenüber Frankreich zu ändern. Frankreich rechne bisher mit der Freundschaft der Konföderation, dem Mißtrauen der Liberalen u. der entschiedenen Feindschaft der Arbeiterpartei. Heute müsse Poincaré mit einem neuen Widerstand der englischen Politik, d. h. aber auch sorgfältigen neuen Widerstand Deutschlands rechnen lernen. Auch die Lösung des russischen Problems dürfe in England in anderem Geiste wieder aufgenommen werden.

Der frühere Finanzminister Paratore stellt in einem Artikel im „Secolo“ fest, daß der Augenblick gekommen sei, in dem die alliierten Gläubiger Deutschland zu Hilfe kommen sollten.

Der neue Handelsvertrag mit Amerika

Berlin, 10. Dez. (Von unserm Berliner Büro.) Die „B. Z.“ meldet: Nach einer Neutermessung aus Washington ist am Samstag ein neuer Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland dem Vizepräsidenten Dr. Wiedfeldt und dem Staatssekretär Hughes unterzeichnet worden. Ueber den Vertrag, der auf der Grundlage der Weisbegünstigung abgeschlossen ist, werden von deutscher amtlicher Seite zunächst keine weiteren Mitteilungen gemacht. Die während und nach Abschluß der Verhandlungen beobachtete Geheimhaltung soll auf einen besonderen Wunsch oder eine Forderung der Vereinigten Staaten zurückzuführen sein, die eine Bekanntgabe des Vertragsinhalts vor der Annahme des Vertrags durch den Senat vermieden sehen wollten.

Das Abkommen, das anstelle des im Krieg aufgehobenen früheren deutsch-amerikanischen Handelsvertrages tritt, war schon seit geraumer Zeit in Vorbereitung und der letzte Besuch des deutschen Vizepräsidenten Dr. Wiedfeldt in Berlin in der ersten Oktoberhälfte, an dem damals die phantasievollsten Vermutungen geknüpft waren, galt ausschließlich dieser Frage.

Der alte Handelsvertrag zwischen Deutschland und Amerika dauerte aus dem Februar 1910. Er wurde zwar unter Festlegung bestimmter Vorbehalte bezüglich der amerikanischen Fleischindustrie, die einzigen Konfliktstoff Lieferer, gleichfalls auf der Weisbegünstigungsgrundlage abgeschlossen. Es ist anzunehmen, daß die neue Rechtsgrundlage der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen eine der damaligen ähnliche sein wird.

Die Internationale Verkehrskonferenz

Nach zwei weiteren Abkommen am 4. über den Transit elektrischer Energie und 2. über den Ausbau der Wasserkräfte in zu verschiedenen Staaten gelagerten Niederschlagsgebieten. Die deutsche Abordnung stimmt gegen die beiden Abkommen, zu deren Unterzeichnung Deutschland im Gegensatz zu den Eisenbahn- und Postabkommen nicht durch den Versailler Vertrag verpflichtet ist. Die Ablehnung der beiden Abkommen erfolgte aus folgendem Grunde:

Die beiden Abkommen enthalten Artikel folgenden Wortlauts: Das gegenwärtige Abkommen beruht in keiner Weise auf der Rechte und Verpflichtungen der Vertragsstaaten auf Grund früherer Abkommen oder Verträge über die in dem gegenwärtigen Abkommen behandelten Gegenstände, insbesondere der Verträge von Versailles und Trianon und der anderen Verträge, die den Krieg 1914—1918 beendeten.“ Der Führer der deutschen Delegation, General Sellner, erklärte darauf, daß der letzte Satzteil mit seiner Anspielung auf den Versailler Vertrag gefährlich werde, da der erste Teil des Artikels genau dasselbe besage und Deutschland durch seine Annahme seinen festen Willen zur Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages ausdrücklich und ausdrücklich bekunde, sodas die Erwähnung des Versailler Vertrages völlig zwecklos und nur eine unnötige Verletzung des deutschen Empfindens sei. Der ungarische Delegierte stellte sich auf denselben Standpunkt. Der Führer der französischen Delegation forderte jedoch nachdrücklich die ungezügelt Verbeibehaltung des Artikels. Nach längerer Debatte wurde der ungezügelt Artikel mit 13 Stimmen gegen die Stimmen Deutschlands und Ungarns angenommen. 17 Staaten enthielten sich der Abstimmung, darunter England. Entsprechend der vorherigen Ankündigung, daß unter diesen Umständen Deutschland die beiden Abkommen nicht unterzeichnen könne, stimmte dann bei der Gesamtstimmung die deutsche Abordnung mit „Nein“.

Die Langerfrage. Der „Kemp“ teilt mit, daß die französische Regierung in ihrer Antwort in der Langerfrage Italien mitgeteilt habe, daß sie dem italienischen Wunsch auf Beilegung der Konferenz über Langer nicht entsprechen könne, weil die gegenwärtige Konferenz nur eine Fortsetzung der Sachverständigen-Verhandlungen vom Jahre 1912 sei, an welchen Italien nicht beteiligt gewesen sei.

Ein holländischer Sündenpiegel der deutschen Sozialdemokratie

Der Amsterdamer „Telegraaf“ beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit dem „Mißgeschick“, das die deutsche Sozialdemokratie als Regierungspartei erfahren hat. Das holländische Blatt verleiht seine Ausführungen mit scharfen Ausfällen gegen die deutsche Sozialdemokratie, eine Stellungnahme, die umso reizvoller erscheint als der „Telegraaf“ sehr gute Freunde in der deutschen Sozialdemokratie hat und eine Oberbeziehung besitzt. In der mehrere holländische Sozialdemokraten vertreten sind. Das Blatt schreibt:

„Unter den 180 Sozialdemokraten im Reichstag ist kein einziger, der in den westeuropäischen Parlamenten eine wichtige Rolle spielen könnte. Was haben sie zu bedeuten, die immerfort lärmende und rasende Müller-Franken, der schönrednerische aber gedankenarme Scheidemann, der ewig laotierende Bels und der Revolutionsschwarm Breitfeld? Die ganze Partei verläßt über keinen einzigen starken Charakter, selbst nicht über ein einziges parlamentarisches Talent. Der Sozialdemokratie war die Gelegenheit geboten, zu zeigen, daß sie ein Gegenstand des Aufbaus im Staate sei. Aber ohne Ausnahme ist jeder Schritt, den sie tat, ein Mißgeschick geworden, ein Mißgeschick, das sie selbst hinter Formeln und Phrasen nicht verbergen kann. Denn diese Partei kann immer mehr reden als handeln. Sie hat drei Reichstagsführer hervorgebracht: Scheidemann, Otto Bauer und Hermann Müller, aber alle haben weniger geistigt, als der unbedeutendste sozialistische Kandidat. Der letzte große Fehlschlag dieser Partei war der Finanzminister Hilferding, der glaubte, eine Theorie zur Regelung der Geldmiserie entwerfen zu haben, dann aber in weniger als einem Monat zugeben mußte, daß er ein leichtsinniger Dilettant war. Man muß sich vor Augen halten, daß die Sozialdemokratie dem Reich ihre besten Kräfte zur Verfügung stellte. Wenn die Geschichte der sozialdemokratischen Kabinette in den verschiedenen deutschen Ländern geschrieben werden wird, dann wird es sich herausstellen, daß Wille wie die von Sepp Dertier in Braunshelm, Dr. Zeigner in Sachsen und von Bager Hoffmann keine Ausnahme waren. Doch der Sozialdemokratie sind in den letzten Jahren in Deutschland Hochkapitel und Pandemien mit der höchsten Macht befehle worden. War die Macht von Dr. Zeigner, der sich durch Kriegsgewinnler bestechen ließ nicht größer als die Macht, die in den letzten 100 Jahren ein Kaiser König ausgeübt hat? Was soll man sagen von einem Mann wie Dertier, der als Ministerpräsident den durch ein holländisches Gericht als Quacksalber verurteilten „Professor“ Otto Otto protegiert und ihm anbietet, als kein Volkstaugen ins Ausland zu gehen? Die einzigen, deren Ruf nicht um Teufel gegangen ist, sind Eberling und Ebert. Wie lange aber werden sie noch zur Partei gehören? Werden nicht überall im Reich in sozialdemokratischen Versammlungen Beschüsse angenommen, in denen der Hinweis auf Ebert verlangt wird? Sollen hat Europa ein elatantes Mißgeschick eines parlamentarischen Experiments gesehen, als das Schauspiel, das die deutsche Sozialdemokratie bietet.“

Man wird zugeben müssen, daß das holländische Blatt nicht unrecht hat. Eine größere geistige Weite hat wohl noch nicht eine Partei erlebt.

Postbeamtenstreik in Oesterreich

Berlin, 10. Dez. (Von unserm Berliner Büro.) In Wien sind die Verhandlungen des Bundeskanzlers Dr. Seipel mit den Vertretern der Beamtenschaft kurz vor halb 1 Uhr früh abgebrochen worden, weil die Regierung nicht in der Lage war, die den Eisenbahnern zugesandene Gehaltserhöhung offen Kategorien der Bundesangestellten zu teil werden zu lassen. Daraufhin hat heute um 6 Uhr der Streik der Post, des Telegraphen und des Telefons in ganz Deutsch-Oesterreich begonnen. Der Fernpredwörter nach Oesterreich ist seit heute vormittag unterbrochen, dagegen war heute vormittag noch nichts von einer Unterbrechung des Telegraphenverkehrs mit Oesterreich bekannt.

Der Streik kommt nicht ganz unerwartet, da es schon seit längerer Zeit in der Beamtenchaft gärt. Die Ursache ist die Weigerung des Bundeskanzlers Seipel, die Forderungen der Beamten zu bewilligen, da sie das gesamte Budget des Jahres, auf dessen Ersparnissen die Sanierungsaktion des Kaiserbundes für Oesterreich beruht, über den Haufen werfen würden. Mit einem Betrag von 540 Milliarden Kronen ist die Bundesregierung bereit, den Beamten entgegenzukommen; mehr verweigert sie jedoch. Gleichzeitig erklärte der Bundeskanzler Seipel, daß die Regierung im Falle eines Streiks der Beamten dem Parlament ihren Rücktritt vorschlagen wird, so daß zur wirtschaftlichen eine politische Krise käme. Die Eisenbahner nahen nicht unmittelbar am Streik teil, weil sie, wie oben schon hervorgehoben, besser gestellt sind, als die übrigen Beamten. Rummel wollen sie aber aus Sympathie für die Bewegung der Arbeit niederlegen. Politisch wird der Streik von den Sozialdemokraten unterstützt, um der christlich-sozialen Regierung Seipel Schwierigkeiten zu machen, die dahin führen sollen, daß die Sozialdemokraten an der Regierung beteiligt werden. Also, wie die umfängliche in Deutschland vermerksliche Parteibemagogie, ohne auch nur das kleinste Verantwortungsgefühl für die Belange des Staates.

Die Revolution in Mexiko

Wie der „Newport Herald“ aus Veracruz berichtet, hat sich General Sanchez an der Spitze von 4000 Rebellen nach Tampico begeben in der Absicht, sich der Petrolquellen in der Umgegend dieser Stadt zu bemächtigen. Vier Abteilungen der der Realen treueobehobenen Truppen verließen, sich den Rebellen entgegenzustellen. Hapas berichtet aus Tampico: Man meldet aus Veracruz, daß die revolutionären Truppen sich western der Stadt Talpa bemächtigt haben.

* Eine interessante Schabenerzählung. Infolge der Veröffentlichungen aus russischen Geheimarchiven, die in der „Humanität“ in der letzten Zeit vorgekommen wurden und auf Grund deren die „Humanität“ den „Rat“ der Verantwortlichkeit bezichtigt hatte, hat der „Rat“ eine Schabenerzählung über 3000 Francs gegen die „Humanität“ angeklagt. — 5000 Francs für den schäneren Vorwurf der Verantwortlichkeit sind nicht gerade viel. Vielleicht schänt sich der „Rat“ selber nicht höher ein.

* Der Entwurf eines Reichsmietengesetzes, wie er heute morgen durch die Ecco-Korrespondenz in der Presse verbreitet wurde, entspricht, wie wir hören, nicht dem augenblicklichen Stand der Dinge. Wichtig ist, daß sich die Reichsregierung z. B. mit der Materie befaßt. Bestimmte Entscheidungen sind indes bisher nicht getroffen worden.

Die Einkreisung Deutschlands

Von Wilhelm Schaar

In einigen seiner unzähligen Reden hat sich der französische Ministerpräsident Poincaré auch gegen die „verkeimterische Behauptung Deutschlands“ gewandt, „es sei von den Dreierbandmächten zielbewußt eingekreist worden.“

Für die Richtigkeit dieser Behauptung und als neuer Beweis für die Unhaltbarkeit Poincarés möchte ich nachstehend nur ein paar wenige Beispiele, Auslagen allerer Staatsmänner, Militärpersonen, Schriftsteller usw. anführen, aus denen hervorgeht, daß die Einkreisung Deutschlands als eine historische Tatsache anerkannt wurde: Im Jahre 1913 erschien vom Major de Ciurien das Buch: „Le Germanisme encreie“ (Das eingekreiste Germanentum), zu Beginn 1914 die bekannte Schrift des Obersten Souher: „L'Allemagne en peril“ (Deutschland in Gefahr), worin es heißt: „Deutschland ist augenblicklich auf allen seinen Grenzen bedroht. Um den von allen Seiten drohenden Angriffen begegnen zu können, muß es seine militärische Stärke auf das Äußerste entfalten.“ In seinen berühmten gewordenen Artikel im „Daily Chronicle“ am 1. Januar 1914 erkennt Lord George formell die bedrohte Lage Deutschlands an und schließt: „Beunruhigt durch die letzten Ereignisse, muß Deutschland der Verstärkung seiner Wehrmacht beträchtliche Summen opfern.“ Am 14. November 1907 schreibt das bekannte französischfreundliche „Journal de Geneve“ über die von England gegen Deutschland gegründete Koalition:

„Jetzt ist Deutschland an der Reihe, die Hilfe zu werden. Der Dreißig hat trotz der dauernden Verstärkungen seiner Staatsmänner keine Macht verloren. Statten wird aus verständlichen Gründen im Kriegsfall nicht gegen Frankreich marschieren. Oesterreich ist durch seine inneren Konflikte geschwächt. Unter der treibenden Kraft Edwards VII. hat sich eine neue Koalition gebildet zwischen England, Frankreich, Italien und Japan. Rußland bleibt als politischer Verbündeter Frankreichs neutral und hat mit seinem Vertrag die dornigsten Fragen geregelt, die es von England trennt.“

Gabriel Hanotaux, der ehemalige französische Minister und Mitstifter der französischen „Revue“, schrieb im Juni 1908 in der „Revue hebdomadaire“: „Alle an der Peripherie des Deutschen Reiches gelegenen Mächte reichen sich die Hand. Sie flammieren bereits das Neue, Unvorhergesehene, die Einkreisung.“

Und im Februar 1911 in derselben Zeitschrift: „Ich bin der besten Meinung mit der „Daily News“, daß die Zeit zum Handeln gekommen ist, daß die Völker erfahren müssen die Wahrheit darüber, was in den Geheimkammern dieses sogenannten Dreierbundes beschlossen liegt, ob formelle Verpflichtungen bestehen, ob die Mächte politisch verbündet sind, ob sie bestimmte Ziele haben und über wirksame Mittel verfügen.“

Die Welt unterrichtet sich Poincaré einmal in diesen Schriften. Wir können ihm auf Wunsch mit weiteren dienen!

Französische Nachkriegspropaganda

Die Franzosen sind erfindertisch, wenn es sich darum handelt, die Erinnerung an den Krieg und „Sieg“ Frankreichs und damit die chauvinistische Psyche im Volk zu erhalten.

Eine ganz neue Art hat in dieser Beziehung der bekannte französische Kampfflieger Kapitän Charles Rungesser erfunden, der zur Zeit an verschiedenen Orten Frankreichs Vorführungen veranstaltet, die seine verschiedenen Luftkampfmethoden und Luftspiele voranschaulichen, nach seinen eigenen Worten „retontrouvet“. Er führt seine Luftspiele tatsächlich in der Luft vor, zusammen mit zwei anderen französischen Fliegern, Bessot, Demoinne und Weis, die seine Gegner darzustellen haben. Geschossen wird mit Hochpatronen und eine neue chemische Erfindung ermöglicht, daß die „getroffenen“ gegnerischen Flugzeuge zu rauchen beginnen, wie im Ernstkampf. Die „abgeschossenen“ Gegner gehen dann im Zickzackflug — also ganz natürlich — zur Erde, bis auf etwa 200 Meter Höhe, jedoch eine vollkommene Illusion eines richtigen Luftkampfes erzeugt wird.

Einen Interviewer der Zeitschrift „Le fait“ hat Rungesser eingehend über seine verschiedenen Kampfmethoden berichtet, die er an der Somme, bei Verdun und auf weiteren Kriegsschauplätzen der Westfront angewendet hat. Die Zeitschrift vertritt darüber eine Serie von Bildern, die diese Methode anschaulich machen, ebenso wie Abbildungen des von Rungesser geflogenen Flugzeuges und so weiter.

Die Vorführungen erfreuen sich immer eines gewaltigen Zuspruches. In Dinard und in De Baulx waren mehr als 2000 Zuschauer anwesend, während die Höchstzahl des Publikums bei entsprechenden sportlichen Veranstaltungen sonst 5000 nicht übersteigt. Im allgemeinen äußert sich Rungesser über den Luftkampf folgendermaßen: „Schon dem General Nielle habe ich einer Tages gesagt: „Herr General! Wenn ich vor dem Bode bin und glaube, ihn zu erobern, dann schreie ich: „Herr General! Wenn ich die Augen und schreie. Wenn ich sie wieder öffne, sah ich oft den Gegner abstürzen, mitunter fand ich mich auch im Bette eines Bogrettes wieder.“

„Ich glaube nicht, meint Rungesser, daß es ein menschliches Wesen gibt, das bei einem Luftkampf in 4000—5000 Meter Höhe nicht das Gefühl der Furcht hätte. Es kommt alles darauf an, diese zu belegen. Ich habe damit Aris Glück gehabt, weil ein stärkeres Gefühl die Furcht besiegte, die Wut!“

Rungesser hat 45 anerkannte Luftspiele zu verzeichnen. Er ist 17mal verwundet worden. Jetzt stellt er sich wieder in den Dienst der französischen Kriegs- und Abflugpropaganda und gibt ihrer Hochfreispieler die beste Illustration für die „friedliche Welt“ Frankreichs kund. Diese haben wir ja aus den Reden der französischen Staatsmänner schon bis zum Ueberdruß — aber darum nicht weniger glaubwürdig — vernommen.

Letzte Meldungen

Beilegung der bayerischen Regierungskrise

München, 10. Dez. Die bayerische Regierungskrise ist beilegt. Der Finanzminister hat sein Rücktrittsgesuch zwar noch nicht formell zurückgenommen, man rechnet jedoch damit, daß er eine entsprechende Erklärung im Ministerrat abgeben wird. Die Einigungsformel in dem Ermächtigungsdekret, auf die sich die Beilegung der Krise gründet, ist im Ausschusse noch nicht beilegt.

Berlin, 10. Dez. (Von unserm Berliner Büro.) Die Mutter des deutschen Vizepräsidenten in Moskau, Gräfin Brodorski-Mansau, ist hier in Berlin im Alter von 80 Jahren gestorben. Es steht noch nicht fest, ob der Vizepräsident aus diesem Anlaß zur Beerdigung nach Berlin kommen wird.

Paris, 10. Dez. Gavas berichtet aus Konstantinopel: Nach aus Angora eingegangenen Nachrichten hat die Polizei dem Patriarchen Giffin anempfohlen, sofort das Patriarchat zu verlassen.

